

Von Steueroasen und Wüstenstaaten

Jeder, der schon einmal orientierungslos und durstig in einer Wüste umhergeirrt ist, kennt das erlösende Gefühl beim Auffinden einer wasserreichen Oase. Solche Oasen können einem wortwörtlich das Leben retten, da ein Überleben draussen in der weiten, unfruchtbaren Wüste etwa gleich unwahrscheinlich ist, wie eine Anerkennung der überbordenden Ausländerkriminalität durch die Sozialdemokraten während des 21. Jahrhunderts. Es gäbe für die Wüstenscheiche also keinen vernünftigen Grund, die Oasen einfach mit Sand zu überschütten und alles dortige Leben im Keim zu ersticken. Trotzdem verfolgte der G-20 Gipfel in London exakt dieses geopolitische Ziel.

Zuerst wollte man die Schweiz als „unkooperative Steueroase“ auf eine schwarze, dann auf eine graue Liste setzen. Auf gut Deutsch bedeutet das, die Schweiz als Steueroase soll trockengelegt werden, weil der Staat dem Bürger hier noch etwas von seinem Einkommen lässt. Der Bundesrat – unser Volksvertreter im Ausland – knickte sofort ein. Natürlich kommt man den Anliegen der Wüstenstaaten unverzüglich und zuvorkommend nach, während die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung weiterhin in den Schubladen verharren. Die Rede ist beispielsweise von der schon seit einer Ewigkeit eingereichten Ausschaffungsinitiative, welche der Bundesrat trotz unzähligen neuen Gewaltdelikten nicht vors Volk bringen will. Während die eigenen Bürger zuhause massenhaft von kulturfremden Gewaltverbrechern unterdrückt werden, diskutiert man im Bundesrat lieber darüber, wie viele Guantanamo-Häftlinge die Schweiz wohl noch aufnehmen könne. Finanzminister Merz posiert Mitten in einer Wirtschaftskrise lächelnd für die Paparazzi am Autosalon. Gratulation zu dieser Prioritätensetzung! Und nun will der verwirrte FDP-Bundesrat dem IWF auch noch 10 Milliarden zur Verfügung stellen – und das nur, weil die lieben G-20-Staaten, welche die Schweiz zuvor aufs übelste bedroht haben, dies gefordert haben. Schlicht eine Katastrophe, von welcher unterwürfigen Schwächlingen unser Land regiert wird. Man kann es nicht anders sagen.

Man muss sich bei den heutigen Mainstream-Politikern leider keine Illusionen mehr machen: Volksvertreter vertreten das Volk genau so wenig, wie Zitronenfalter Zitronen falten. Ausser einer Partei scheinen alle am landesverräterischen Kurs des Bundesrates Gefallen zu finden. Ausser leeren Worthülsen, ist von den Vertretern der FDP, CVP, SP und den Grünen nichts zu sehen. Ihrem Namen gerecht wird nur noch die Schweizerische Volkspartei, welche sich als einzige Kraft mit Händen und Füßen gegen diesen Ausverkauf der Schweiz wehrt. So will die SVP als einzige Partei das Bankkündengeheimnis in der Verfassung verankern, die Schweizer Steuerzahler mittels Aufspaltung der Grossbanken vor volkswirtschaftlich untragbaren Risiken bewahren und damit die Steuerbelastung niedrig halten. Aus den anderen Volksvertretern ist ein jämmerlich orientierungsloser Haufen voller Volkszertreter geworden, die nur noch die Interessen des Auslandes vertreten.

Olivier Kessler

Wollerau (Beliebtteste Steueroase der Schweiz)